

Fragen

**für die Fragestunde der 116. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. Juni 2004**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	31	Niebel, Dirk (FDP)	26
Burgbacher, Ernst (FDP)	10, 11	Noll, Michaela (CDU/CSU)	24, 25
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	9, 40	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	3, 4
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	22, 23	Pau, Petra (fraktionslos)	15, 35
Gönner, Tanja (CDU/CSU)	12, 13	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	41, 42
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	51, 52	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	47, 48
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	33, 34	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	43, 44
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	16, 17	Dr. Solms, Hermann Otto (FDP)	27, 28
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	5, 6	Spahn, Jens (CDU/CSU)	38, 39
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	1, 2	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	45, 46
Leibrecht, Harald (FDP)	14, 32	Dr. Uhl, Hans-Peter (CDU/CSU)	18, 19
Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	7, 8	Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU) ...	49, 50
Dr. Mayer, Conny (Baiersbronn) (CDU/CSU)	36, 37	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	20, 21
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	29, 30		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung den Verlauf der ersten Ausschreibung zum europäischen Satelliten-Navigationssystem Galileo bezüglich des Erfolges deutscher Unternehmen, und welchen Einfluss hat dabei die geringe finanzielle Ausstattung in den entsprechenden nationalen Programmen?

2. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, die finanzielle Ausstattung des 7. Europäischen Forschungsrahmenprogramms auf 40 Mrd. Euro auszuweiten?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

3. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP) Welchem Haushaltstitel entstammen die zusätzlichen Zuwendungen in Höhe von jährlich rund 1,4 Mio. Euro an die Stiftung Weimarer Klassik und von 500 000 Euro für die Ausstellung „Ihre kaiserliche Hoheit – Maria Pawlowna“, deren Bereitstellung die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, in einer Pressemitteilung vom 10. Juni 2004 angekündigt hat, bzw. an welcher Stelle des Bundeshaushaltes werden die genannten Mittel eingespart?

4. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP) Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung bei der Konsolidierung der Stiftung Weimarer Klassik, und welche Strukturveränderungen hält sie für geboten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung konkrete Hinweise auf bevorstehende Terrorangriffe in Deutschland aufgrund des Einsatzes in Afghanistan, und worauf stützt sich die entsprechende Warnung des Bundeskriminalamts (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Juni 2004)?
6. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Inwieweit werden islamistische Internetseiten ausgewertet und für die Terrorismusbekämpfung sinnvoll genutzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(fraktionslos)
- Wird die Bundesregierung das Zusatzprotokoll zur UN-Anti-Folter-Konvention, das bereits von Albanien, Argentinien, Österreich, Costa Rica, Kroatien, Dänemark, Finnland, Guatemala, Island, Italien, Madagaskar, Malta, Mexiko, Norwegen, Neuseeland, Rumänien, Senegal, Serbien und Montenegro, Sierra Leone, Schweden und dem Vereinigten Königreich unterzeichnet wurde, unterzeichnen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

8. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzs
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass es für Michael Wolffsohn, Professor an der Münchner Bundeswehr-Universität, der Anfang Mai in einem Fernsehinterview gesagt hatte, „als eines der Mittel gegen Terroristen“ halte er „Folter oder die Androhung von Folter für legitim“ (DIE WELT vom 21. Mai 2004), keine dienstrechtlichen Konsequenzen geben wird, und gab es in der bundesrepublikanischen Geschichte Fälle, wo Hochschullehrer im Verantwortungsbereich der Bundesregierung disziplinarisch zur Verantwortung gezogen wurden, weil deren Meinungsäußerungen im Konflikt zum Grundgesetz standen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

9. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass der Präsident des Umweltbundesamtes, Professor Andreas Troge, dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, empfohlen hat, von dem vom Umweltbundesamt geplanten Projekt „Unangekündigte Feldbeobachtung“ Abstand zu nehmen, und wenn ja, wie ist die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage?
10. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)
- Sollen auch die Bundesministerien und nachgeordneten Behörden im Rahmen der Initiative „atmosfair“ zur Förderung von Klimaschutzprojekten einen finanziellen Ausgleich für die durch Flüge verursachten Klimabelastungen leisten, und wenn ja, welche Ressorts betrifft dies?
11. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)
- Mit welchen zusätzlichen Kosten durch die vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, gestartete Initiative „atmosfair“ rechnet die Bundesregierung durch entsprechende Einzahlungen in diesen Fonds?
12. Abgeordnete
**Tanja
Gönner**
(CDU/CSU)
- Ist dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) bekannt, dass die von der Arbeitsgemeinschaft für Verpackung und Umwelt e. V. (AGVU) „in die Welt gesetzten Zahlen“ bezüglich des Importanteils von Einweggetränken (Pressemeldung des BMU vom 21. Juni 2004) aus einer Studie der Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung mbH (GVM) stammen (AFP, 21. Juni 2004/Handelsblatt, 21. Juni 2004), welche wiederum auf Zahlen und Berechnungen basieren, die mathematisch auf der Grundlage des gleichen Verfahrens durchgeführt werden wie die Statistik des BMU, und wenn ja, warum zieht dann die Bundesregierung diese Zahlen in Zweifel?
13. Abgeordnete
**Tanja
Gönner**
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Infragestellung der Zahlen der GVM in diesem Zusammenhang auch, dass die für das BMU erhobenen Zahlen der GVM, auf deren Basis die Auslösung der Pfandpflicht erfolgt, ebenfalls angezweifelt werden, und was bedeutet dies für die Pfandpflicht?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|--|---|
| 14. Abgeordneter
Harald
Leibrecht
(FDP) | Zu welchen Kenntnissen ist die Bundesregierung bei der Überprüfung zu der möglichen vertragswidrigen Nutzung von Schiffen der Nationalen Volksarmee in Indonesien gekommen (vgl. Antwort des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Dr. Klaus Scharioth, vom 25. August 2003 auf meine schriftliche Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 15/1513)?*) |
| 15. Abgeordnete
Petra
Pau
(fraktionslos) | Trifft es zu, dass seit dem Regierungswechsel 1998 Lageberichte und Einzelauskünfte des Auswärtigen Amts mit dem Einleitungssatz „Darüber hinaus weist es vorsorglich darauf hin, dass die unbefugte Weitergabe dieser Informationen einen Verstoß gegen berufliches Standesrecht darstellt (§ 19 der Anwaltlichen Berufsordnung) und entsprechend geahndet werden kann“ versehen werden, und wenn ja, welchen Zweck verfolgt die Bundesregierung mit diesem Einleitungssatz? |
| 16. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung der Bericht des Außenministeriums der Vereinigten Staaten von Amerika vom Juni 2004 über den internationalen Menschenhandel bekannt, in dem Deutschland als Transit- und Bestimmungsland für die sexuelle Ausbeutung von Frauen aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion und Mitteleuropa bezeichnet wird (dpa vom 15. Juni 2004, 13.48 Uhr)? |
| 17. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage in dem Bericht, wonach ein neueres Gerichtsverfahren gegen ukrainische Schleuser ernsthafte Fragen hinsichtlich der Visumserteilungspolitik der Bundesregierung in Osteuropa in den Jahren 2000 bis 2003 aufgeworfen habe? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter
Uhl
(CDU/CSU) | Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Bericht des Außenministeriums der Vereinigten Staaten von Amerika vom Juni 2004 über den internationalen Menschenhandel, in dem Deutschland als Transit- und Bestimmungsland für die sexuelle Ausbeutung von Frauen aus den Nach- |

*) Siehe hierzu auch Frage 32.

folgestaaten der früheren Sowjetunion und Mitteleuropa bezeichnet wird (vgl. dpa vom 15. Juni 2004, 13.48 Uhr)?

19. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den im sog. Volmer-Erlass vom März 2000, der in Befolgung einer ausdrücklichen Weisung des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, herausgegeben wurde, festgelegten Grundsatz „in dubio pro libertate“ mit der darin festgelegten Beweislastumkehr, der Grundlage für die nunmehr auch international angeprangerte deutsche Visumserteilungspolitik ist, aufheben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

20. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung sich gegenüber der Europäischen Kommission für eine zukünftige Beschränkung der Förderung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an den Außen- und Binnengrenzen der Europäischen Union ausgesprochen hat, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diesen Standpunkt?

21. Abgeordneter
Peter Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg der im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG in der Vergangenheit durchgeführten grenzüberschreitenden Projekte, und welche Folgen eines plötzlichen Wegfalls der Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit für den Oberrheinraum sieht die Bundesregierung im Hinblick auf den weiterhin vorhandenen Bedarf an grenzüberschreitenden Kooperationsvorhaben im Oberrheinraum?

22. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)

Besteht für die Bundesregierung – jenseits der bestehenden Regelungen – noch Handlungsbedarf bei der individuellen Entschädigung für homosexuelle NS-Opfer?

23. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung aufgrund des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 7. Dezember 2000 (Plenarprotokoll 14/140, S. 13745 B) ein Gesetz zur Errichtung einer Mag-

nus-Hirschfeld-Stiftung als Form des kollektiven Ausgleichs (Bundestagsdrucksache 14/4894, S. 4, Nr. IV.2) in dieser Legislaturperiode vorzulegen?

24. Abgeordnete
**Michaela
Noll**
(CDU/CSU)

Wurde im Bundesministerium der Finanzen (BMF) im Frühjahr 2002 ein Referentenentwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Magnus-Hirschfeld-Stiftung erstellt, und gibt es bis heute weitere Vorarbeiten auf Seiten der Bundesregierung?

25. Abgeordnete
**Michaela
Noll**
(CDU/CSU)

Sind die Auffassung des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, zur Finanzierung der Magnus-Hirschfeld-Stiftung und die diesbezüglich geführten Gespräche im BMF zutreffend im Artikel von Jan Feddersen „Homo-Verfolgung wird später aufgearbeitet“ (taz vom 21. Juni 2004) wiedergegeben?

26. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)

Wie bewertet der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, dass Mitarbeiter seines Ministeriums im Tagungshotel des „Tax Competition Roundtable“ der Friedrich-Naumann-Stiftung, Heritage Foundation, Centre for Freedom and Prosperity und Stiftung Marktwirtschaft vorgespochen haben, um über den nach Auffassung der Mitarbeiter eher dubiosen Charakter von Veranstaltung und Veranstaltern zu informieren?

27. Abgeordneter
**Dr. Hermann Otto
Solms**
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, in der Fragestunde vom 16. Juni 2004, der von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Heritage Foundation, dem Centre for Freedom and Prosperity und der Stiftung Marktwirtschaft veranstaltete „Tax Competition Roundtable“ habe den Zweck gehabt, „Geldwäsche und kriminelle Aktivitäten an den Finanzmärkten“ zu schützen, und „dass die Zielrichtung der Gegenkonferenz ist, dass auf gesetzlicher Basis keine Auskünfte erteilt werden, und dass diese Intention natürlich darin begründet ist, Steuerverkürzer, Steuerhinterzieher, Geldwäscher und andere letztlich zu schützen“, Plenarprotokoll 15/113, S. 10292 B, 10294 B, und wenn ja, auf welchen Tatsachen ist diese Meinung der Bundesregierung begründet?

28. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto Solms
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die herrschende Meinung in der modernen Ökonomie davon ausgeht, dass Steuerwettbewerb zu mehr Wohlstand und Wachstum in den Staaten führt als eine Vereinheitlichung der Steuersysteme, verbunden mit einem freiheitseinschränkenden und administrativ aufwendigen Überwachungs- und Informationssystem?
29. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise unterstützt das BMF eine Gesetzesinitiative zu der vom SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering angeregten Erhöhung der Mindestgewinnbesteuerung für Unternehmen (vgl. APD vom 22. Juni 2004), und wie soll die Erhöhung nach Auffassung der Bundesregierung konkret aussehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

30. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wie entwickelte sich das Förderprogramm des Bundes „Die Verpflichtungsermächtigungen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Freistaat Bayern, die sog. GA-Förderung (West), seit dem Jahr 2000, und welche Entwicklung wird sie bis in das Jahr 2007 nehmen?
31. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Mit welchen Zahlungen bzw. Zahlungsverpflichtungen ist nach dem Haushaltsentwurf für 2005 bei Bund, Bundesagentur für Arbeit und Kommunen im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu rechnen?
32. Abgeordneter
Harald Leibrecht
(FDP)
- Werden weitere Anfragen von Indonesien nach Waffen, inklusive Dual-use-Güter, genehmigt, und wenn ja, hat sich aus Sicht der Bundesregierung die Lage in der Provinz Aceh deutlich gegenüber den letzten Jahren verbessert?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 14.

33. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Welche jährliche Mittelausstattung für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) in den alten Bundesländern beabsichtigt die Bundesregierung bis zum Jahr 2008, insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltsentscheidung, für die GA in den neuen Bundesländern jährlich 700 Mio. Euro bis zum Jahr 2008 zur Verfügung zu stellen?
34. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wie wird sich die Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union für größere Spielräume in der Regionalpolitik einsetzen, insbesondere für eine entsprechende Gestaltung der europäischen Regelungen für die Regionalbeihilfen?
35. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Mit welcher Begründung und mit welchen zu erwartenden und gewollten Wirkungen wurde das Sonderprogramm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ auf den 31. Dezember 2004 verkürzt?
36. Abgeordnete
Dr. Conny Mayer
(Baiersbronn)
(CDU/CSU)
- Welches Signal verspricht sich die Bundesregierung davon, zwar einerseits die Verwirklichung von Euro-Distrikten am Oberrhein durch die gemeinsame deutsch-französische Erklärung anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages zu unterstützen, andererseits aber der EU zu empfehlen, sich bei der „Förderung grenzüberschreitender Projekte auf den Osten Deutschlands“ (Badische Zeitung, 23. Juni 2004) zu konzentrieren?
37. Abgeordnete
Dr. Conny Mayer
(Baiersbronn)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über Stellungnahmen von Frankreich, der Schweiz und Österreich zu dem INTERREG-Programm, und wie bewertet die Bundesregierung ggf. diese Stellungnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

38. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung die erste Übersicht nach § 73 Abs. 1 Arzneimittelgesetz, welcher so seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, über die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die anderen

Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes, in denen für den Versandhandel und den elektronischen Handel mit Arzneimitteln dem deutschen Recht vergleichbare Sicherheitsstandards bestehen, veröffentlichen, und wie sieht bis zu einer Veröffentlichung die rechtliche Situation für ausländische Versandhändler aus?

39. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Wie viele Apotheken aus dem In- und Ausland beteiligen sich derzeit in nennenswertem Umfang am Versandhandel mit Arzneimitteln, und worin liegen nach ersten Erfahrungen jeweils die größten Hemmnisse?

40. Abgeordnete
**Gitta
Connemann**
(CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung die Einschränkung der kostenlosen Nutzung der öffentlichen Personenverkehrsmittel für Menschen mit Behinderungen, und wie begründet sie ihre Haltung?

41. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU)

Wie hoch ist der finanzielle Mehraufwand an Personal- und Verwaltungskosten, der den Sozialhilfeträgern durch die Ausgabe von Chipkarten zur Krankenbehandlung an Sozialhilfeempfänger im Rahmen der Gesundheitsreform am 1. Januar 2004 entstanden ist?

42. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU)

Wie hoch werden – auf der Basis der durch die erste Umtauschaktion zum 1. Januar 2004 entstandenen Kosten – die Personal- und Verwaltungskosten der öffentlichen Kassen geschätzt, die durch zwei weitere Umtauschaktionen der Chipkarten, zum einen zum 1. Januar 2005 mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II und zum anderen durch den Austausch der Chipkarten aller Versicherten gegen eine elektronische Gesundheitskarte im Rahmen der Gesundheitsreform zum 1. Januar 2006, entstehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|--|---|
| 43. Abgeordneter
Johannes
Singhammer
(CDU/CSU) | Wie ist die Haltung der Bundesregierung bezüglich der Ausstattung der Führerscheine im so genannten Plastikkartenformat mit einem Mikrochip, wie es in der 3. EG-Führerscheinrichtlinie geplant ist? |
| 44. Abgeordneter
Johannes
Singhammer
(CDU/CSU) | Wodurch könnten nach Meinung der Bundesregierung Führerscheine am besten vor Fälschungen geschützt werden? |
| 45. Abgeordneter
Matthäus
Strebl
(CDU/CSU) | Wie ist die Haltung der Bundesregierung bezüglich der in der 3. EG-Führerscheinrichtlinie geplanten Begrenzung der Gültigkeitsdauer des Führerscheindokuments für die Motorrad- und PKW-Fahrerlaubnisklassen auf höchstens 10 Jahre? |
| 46. Abgeordneter
Matthäus
Strebl
(CDU/CSU) | Wie ist die Haltung der Bundesregierung bezüglich einer im Rahmen der Führerscheinbefristung möglichen wiederkehrenden Pflicht zu einer ärztlichen Untersuchung? |
| 47. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Kosten für den Staat und für die Führerscheininhaber die 3. EG-Führerscheinrichtlinie im Falle ihrer Umsetzung durch den regelmäßigen Umtausch von Führerscheinen verursachen würde? |
| 48. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU) | Gibt es bei der Bundesregierung bereits Planungen, wie sie im Falle der Umsetzung der 3. EG-Führerscheinrichtlinie dem durch den regelmäßigen Umtausch von Führerscheindokumenten entstehenden zusätzlichen bürokratischen Aufwand begegnen will? |
| 49. Abgeordneter
Gerald
Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU) | Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch der Anteil der Unfälle ist, die von über 65-Jährigen im Straßenverkehr verursacht werden? |

50. Abgeordneter
**Gerald
Weiß
(Groß-Gerau)**
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, welche Altersgruppe statistisch gesehen die höchste Quote bei der Unfallverursachung im Straßenverkehr hat?

51. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Wie hoch ist derzeit unter den Mitarbeitern der Bundesregierung die Zahl der Nutzer des sog. Beamtenshuttle zwischen Bonn und Berlin, und mit welchen Kosten ist dies verbunden?

52. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Wie hoch sind die Mittel in den einzelnen Haushaltstiteln, die die Bundesregierung für die sog. INTERREG III B und C Programme bereitstellt, und wie viele Mitarbeiter sind mit der bürokratischen Abwicklung betraut?

